

Umwelt- und Verkehrsausschuss

Sitzung am 01. Dezember 2014

Haushaltsentwurf 2015 / Anträge der Kreistagsfraktionen		
verantwortlich: Geschäftsbereich Finanzen	Drucksache 2014-111-UVA01.12.	
	12 Anlagen	
	25.11.2014	
<u>Vorberatung:</u>	01.12.2014	Umwelt- und Verkehrsausschuss
<u>Beschlussfassung:</u>	15.12.2014	Kreistag

<u>Beschlussvorschläge:</u> siehe jeweilige Ziffer

I. Information über zwischenzeitlich eingetretene Veränderungen zur Entwurfsfassung des Haushalts 2015

Zuführung Gebührenüberschussrückstellung / Erträge aus Gebührenmarkenverkauf

Die geplante Zuführung zur Gebührenüberschussrückstellung kommt so nicht zum Tragen. Da die Abfallwirtschaft ausgeglichen geplant wird, wurden die Erträge aus Gebührenmarkenverkauf um denselben Betrag verringert.

Verkehrslastenausgleich Stadt Stuttgart

Die Aufwendungen für den Verkehrslastenausgleich Stadt Stuttgart zur Finanzierung des ÖPNV betragen 2,498 Mio. Euro, das sind 551.000 Euro mehr als im Haushalt angemeldet worden waren. Im Planungszeitraum waren noch keine konkreten Informationen über die Höhe des Verkehrslastenausgleichs verfügbar.

Umlage an den Verband Region Stuttgart

Die Umlage an den Verband Region Stuttgart hat sich mit Einbringung des Haushalts des Verbands Region Stuttgart **sowie weiterer nachträglichen Änderungen** im Ergebnishaushalt um 1.282.000 Euro und im Finanzhaushalt um 836.000 Euro verringert. Diese Anpassung wird notwendig, da bei Aufstellung des Haushalts die Verbandsverwaltung noch keine konkreten Informationen über die Höhe der Umlagen herausgeben konnte und deshalb die mittelfristige Finanzplanung des Verbands Region Stuttgart bei der Planung zugrunde gelegt wurde. Es ist damit zu rechnen, dass infolge von Gremienbeschlüssen sich bis zur Verabschiedung des Haus-

haltsplans des Verbands Region Stuttgart am 10.12.2014 noch Änderungen ergeben könnten. Die Stadt Stuttgart beteiligt sich an der Verkehrsumlage nicht mehr im bisherigen Umfang. Da es zu keiner Lastenverschiebung zwischen der Stadt Stuttgart und den Landkreisen kommt, sinkt der Verkehrslastenausgleich im Vergleich zum Jahr 2014 um 652.000 €.

Linienverkehre

Im Ergebnishaushalt betragen die Aufwendungen für Linienverkehre nach der Einbringung des Haushalts des Verbands Region Stuttgart 2,543 Mio. Euro. Das sind aufgrund konkreterer Berechnungen des VVS 543.000 Euro mehr als geplant. Im Planungszeitraum waren noch keine konkreten Informationen über die Höhe der Aufwendungen verfügbar.

Umlage an den Zweckverband Wieslaufftalbahn

Die Umlage an den Zweckverband Wieslaufftalbahn ist für den Rems-Murr-Kreis im Ergebnishaushalt um 120.500 Euro und im Finanzhaushalt um 45.500 Euro höher als geplant. Die Gesamtumlage für den Rems-Murr-Kreis beträgt: 1,281 Mio. Euro. Gründe hierfür sind dringend notwendige Bahnsteigsanierungen, die Hauptuntersuchung und Reparaturkosten eines Fahrzeugs, sowie erweiterte Instandhaltungsmaßnahmen eines Fahrzeugs. Die Zweckverbandsversammlung wird am 02.12.2014 den Haushaltsplan 2015 verabschieden.

Gesamtveränderung

Insgesamt ergibt sich aktuell im Geschäftsfeld „ÖPNV/Schülerbeförderung/Zweckverband Wieslaufftalbahn“ ein Wenigeraufwand über 858.000 Euro.

Die Änderung im Bereich Abfallwirtschaft hat im Ergebnishaushalt keine Auswirkungen. Da Rückstellungen jedoch nicht finanzwirksam sind, ergibt sich hieraus eine entsprechende Verschlechterung im Finanzhaushalt in Höhe von 2,6 Mio. Euro.

Sonstige bisher eingetretene Veränderungen führen zu einer Belastung in Höhe von 384.000 Euro.

Zusammengefasst ist derzeit eine Entlastung im Ergebnis- und Finanzhaushalt in Höhe von 474.000 Euro festzustellen, die im gleichen Umfang zur Verringerung der Kreisumlage herangezogen werden (vgl. Anlage 1).

II. Zur Behandlung im Umwelt- und Verkehrsausschuss am 01.12.2014 liegen folgende Anträge der Kreistagsfraktionen vor

1) Freiwilligkeitsleistungen

Hierzu haben die Fraktionen folgende Anträge gestellt:

Antrag der FDP-FW-Fraktion (vgl. Anlage 3 lfd. Nr. 2)

Überprüfung der Freiwilligkeitsleistungen im Jahr 2015. Dargestellt werden soll, wofür die Empfänger die Freiwilligkeitsleistung einsetzen und welche Folgen ein Wegfall oder eine Reduzierung der Freiwilligkeitsleistung bedeuten würde. Die Verwaltung soll darüber hinaus eine Beurteilung vornehmen, welche Freiwilligkeitsleistung ggf. erhöht werden sollte.

Antrag der Bündnis 90/ Die Grünen-Fraktion (vgl. Anlage 4)

Mit den Freiwilligkeitsleistungen im Jahr 2015 ist wie folgt zu verfahren:

- 1. Keine Kürzungen bei sozialen und kulturellen Einrichtungen oder Projekten.*
- 2. Keine festgelegte Kürzung, aber sparsame Bewirtschaftung der Positionen, die dem Einfluss der Verwaltung unterliegen mit dem Ziel, mindestens 20% einzusparen.*
- 3. Kürzung bei den Geschäftsausgaben der Fraktionen in vorgeschlagener Höhe.*

Antrag der SPD-Fraktion (vgl. Anlage 5)

Keine Kürzung der Freiwilligkeitsleistungen mit Ausnahme der Geschäftsausgaben der Fraktionen, die um 20% gekürzt werden sollen.

Antrag der CDU-Fraktion (vgl. Anlage 6)

Kürzung der Freiwilligkeitsleistungen als Paketlösung ohne Aufweichung.

„...Kürzung bei den Freiwilligkeitsleistungen wie von der Verwaltung vorgeschlagen (122.000 Euro) und bei den weitergehenden Anträgen, auch hier den gleichen Maßstab ansetzen und auch hier die 20 % herunter fahren. Dies werden wir in den anstehenden Ausschussberatungen entsprechend vertreten.“

Stellungnahme der Verwaltung:

Die Verwaltung schlägt eine Kürzung der Freiwilligkeitsleistungen entsprechend der Anlage 2 vor. Die Kürzungen der Freiwilligkeitsleistungen sollen in den jeweiligen Fachausschüssen beraten und abschließend im Verwaltungs- Schul- und Kulturausschuss in Gesamtheit beschlossen werden. Für den Umwelt- und Verkehrsausschuss sind Kürzungen mit 20.200 Euro vorgeschlagen. Hierzu wird auf die in der Anlage 2 angeführten Erläuterungen verwiesen.

Beschlussempfehlung an den Verwaltungs-, Schul- und Kulturausschuss:

Die Haushaltsmittel in der Zuständigkeit des Umwelt- und Verkehrsausschusses werden entsprechend der beigefügten Anlage 2 im Jahr 2015 um 20.200 Euro gekürzt.

2) Kürzung Radwege

Antrag der CDU-Fraktion (vgl. Anlage 8 lfd. Nr. 1)

Kürzung Radwegkonzept um 400.000 Euro

Antrag der AfD (vgl. Anlage 9 und Anlage 10)

(1) *Kürzung Radwegkonzept um 400.000 Euro*

(2) *Kürzung des Klimaschutz-plus Projekts „KP 06 - Optimierung des Radwegenetzes im Rems-Murr-Kreis – Gesamtkonzeption und Maßnahmen“ um 200.000 Euro*

Stellungnahme der Verwaltung:

Der Geschäftsbereich „Straßen“ befürwortet die o.g. Anträge, unter der Voraussetzung, dass Mittel in Höhe von 200.000 Euro aus dem „Klimaschutz-plus 2013-2015“-Programm (KP 06) für 2015 weiterhin zur Verfügung stehen.

Durch die enge zeitliche und inhaltliche Verzahnung des RMK-Radwegkonzeptes mit dem Landes- und Regionalradwegenetz liegen für 2015 noch keine baureifen Radwegeplanungen vor. Diese können erst nach der Erstellung der Radwegkonzepte in 2015 abgestimmt und planerisch angeschoben werden. Dafür (Anlage 7) werden die Mittel aus dem „Klimaschutz-plus 2013-2015“-Programms (in Höhe von 200.000 Euro) benötigt.

Das weitere Vorgehen ist so, dass vom „Groben ins Feine“ gearbeitet wird. Die Radwegkonzeption des Landes gibt die Rahmenbedingungen für die Radwegkonzeptionen der Region und des Kreises vor. Die RWK des Landes soll kurzfristig, auf Grundlage des Bestandsnetzes, ohne bauliche Eingriffe und nur mit einfachen Mitteln (wegweisende Beschilderung, Abmarkierung, etc.) die Durchgängigkeit der Haupttrouten und deren sichere Befahrbarkeit gewährleisten. Ziel ist es ein flächendeckendes, durchgängiges Routennetz alltagstauglicher Fahrradverbindungen herzustellen, welches die Haupttrouten des Landes und die Nebenrouten sowie Routen des Freizeitverkehrs der Region und des Kreises berücksichtigt.

Weiteres Vorgehen:

- Erhebung und Aufstellung des Bestandsnetzes im RMK
=> ist bereits erfolgt
- Abstimmung mit Land
 - Übernahme der Haupttrouten des Landes-RadNetz in das Radwegkonzept (RWK) des RMK.
=> ist bereits erfolgt

- Entwurf des Radwegkonzepts (RWK) für den RMK in Abstimmung mit dem Land und unter Mitwirkung der Verband Region Stuttgart (VRS)
 - Zusammenstellung der Erst- und Kleinmaßnahmen zur Herstellung der Hauptrouten und derer sicheren Befahrbarkeit
 - Aufstellung des flächendeckenden durchgängigen Routennetzes.
- Abstimmung der Maßnahmen mit den Kommunen/Raumschaften.
- Durchführung der Erstmaßnahmen (Radnetzwegweisung, Markierung) im Jahr 2015.
- Aufstellung eines priorisierten Radwege-Konzepts
 - Einarbeitung der Ergebnisse aus den Abstimmungen mit den Kommunen/Raumschaften.
 - Priorisierung der Einzelmaßnahmen.
- Zuschüsse, Förderung:
 - Maßnahmenbezogene Prüfung der Förderfähigkeit.
- Planung/Vorbereitung von Einzelmaßnahmen:
 - Vorgezogene Planungen für Maßnahmen die auf den Hauptrouten liegen und daher priorisiert bearbeitet werden können => ab 2015
 - Planung weiterer Maßnahmen entsprechend Priorisierung des RWK
 - Maßnahmenbezogene Beantragung von Zuschüssen.

Beschlussvorschlag:

Die Mittel für das Radwegkonzept werden um 400.000 € gekürzt.

Die Mittel aus dem „Klimaschutz-plus 2013-2015“-Programm (KP 06 - Optimierung des Radwegenetzes im Rems-Murr-Kreis – Gesamtkonzeption und Maßnahmen) werden nicht gekürzt.

3) **Busanbindung zu den Rems-Murr-Kliniken Winnenden**

Antrag der SPD-Fraktion (vgl. Anlage 11)

Verbesserung der Busanbindung zu den Rems-Murr-Kliniken Winnenden (Linien 209/210)

Stellungnahme der Verwaltung:

Im Rahmen der Neugestaltung der ÖPNV Bedienung im Verkehrsraum Winnenden wurde zum 31.07.2014 der Takt auf der Linie 210 von Korb über Schwaikheim zum Rems-Murr-Klinikum in Winnenden bereits verdichtet. Die Linie verkehrt seither montags bis freitags von 5.30 Uhr bis 20.30 Uhr im Stundentakt zwischen dem Schwaikheimer Bahnhof und Rems-Murr-Klinikum in Winnenden. Alle zwei Stunden wird mit dieser Linie auch die Gemeinde Korb angebunden, wo Anschlüsse von/nach Waiblingen und Weinstadt (Linie 209) bestehen.

Inwieweit weitere Verbesserungen, z.B. mehr Fahrverbindungen, optimalere Umsteigemöglichkeiten, nachgefragt und notwendig erscheinen, wird im Rahmen der derzeit laufenden Fortschreibung des zweiten Nahverkehrsplanes zusammen mit dem VVS, den Busunternehmen und den beteiligten Kommunen geklärt. Entsprechende Vorschläge werden im Umwelt- und Verkehrsausschuss beraten.

Beschlussvorschlag:

Die Verwaltung wird beauftragt, Verbesserungsmöglichkeiten der Busanbindung an das Rems-Murr-Klinikum mit den Linien 209 und 210 zu untersuchen und dem Umwelt- und Verkehrsausschuss über das Ergebnis zu berichten.

4) Kürzung Fahrrad 2 Go um 175.000 Euro

Antrag der CDU-Fraktion (vgl. Anlage 8 lfd. Nr. 2)

Bei Fahrrad2Go soll das Modellprojekt zu Ende geführt werden und nicht schon vorher ein weiterer Ausbau erfolgen.

Stellungnahme der Verwaltung:

Projekt der „Modellregion für nachhaltige Mobilität“

Fahrrad2Go ist ein Modellprojekt im Rahmen des verbundweiten Programms „Modellregion für nachhaltige Mobilität“ des Verbands Region Stuttgart, bei dem alle Verbundlandkreise und die LHS Projekte angemeldet haben. Die Projekte sollen 2014/15 erprobt und danach evaluiert werden. Erfolgreiche Projekte sollen dann in der ganzen Region umgesetzt, nicht erfolgreiche eingestellt werden. Der Rems-Murr-Kreis soll also von den Erfahrungswerten der anderen profitieren und umgekehrt. Daher wäre es zu bedauern, wenn nur der Rems-Murr-Kreis die Erprobung von Fahrrad2Go nicht zu einem vereinbarten Abschluss bringen könnte. Würden die beantragten Haushaltsmittel wie beantragt in voller Höhe von 175.000 Euro gekürzt, wäre die zweite Stufe des Projekts Fahrrad2Go – also die Erprobung der Fahrradhalterung auf weiteren Linien - gefährdet.

Vorschlag zu Einsparungen im Rahmen des Modellprojektes

Nichtsdestotrotz soll wegen der angespannten Haushaltslage des Kreises ein Einsparungsvorschlag unterbreitet werden.

Um das Projekt nicht zu gefährden, erscheint es notwendig das Projekt auf mindestens eine Linie auszuweiten. Hierdurch könnten Mittel in Höhe von 100.000 Euro eingespart werden. Zudem könnte der Rems-Murr-Kreis noch einen Teil der beim Verband Region Stuttgart für das Projekt noch nicht abgerufenen Fördermittel (rund 115.000 Euro) aus dem „Förderprogramm Modellregion für nachhaltige Mobilität“ in Anspruch zu nehmen, die Ende 2015 verfallen.

Die Verwaltung schlägt vor, die für die Ausstattung von Linienbussen mit Fahrradhalterungssystemen im Rahmen des „Klimaschutz-Plus“-Programms im Haushalt 2015 beantragten Mittel in Höhe von 85.000 Euro um 55.000 Euro auf 30.000 Euro zu kürzen und die für Verkehrsverbesserungen im Rahmen des Projektes beschlossenen 90.000 Euro um die Hälfte auf 45.000 Euro zu kürzen. Die Mittel für Verkehrsverbesserungen würden nur dann zum Einsatz kommen, wenn auf weiteren Pilotlinien zusätzliche Betriebskosten entstehen würden.

Fazit

Mit Inbetriebnahme der ersten Pilotlinie Ende Juli 2014 und den dabei getätigten Entwicklungs- und Anlaufkosten befindet sich das Projekt derzeit mitten in der Umsetzungsphase, wobei nicht nur der VRS als Fördermittelgeber mit hoher Aufmerksamkeit den weiteren Verlauf des erfolgreich gestarteten Projekts verfolgt. Es wird empfohlen, dass Modellprojekt wie beantragt bis Ende 2015 durchzuführen.

Beschlussvorschlag:

Die Finanzmittel für Fahrrad2Go werden um 100.000 Euro gekürzt (55.000 Euro aus dem Klimaschutz-plus-Projekt KP 03 und 45.000 Euro aus ÖPNV-Mitteln). Die nach der Kürzung im Haushalt 2015 verbleibenden Mittel in Höhe von 75.000 Euro werden wie in der Stellungnahme der Kreisverwaltung dargestellt verwendet.

5) Kürzung beim Klimaschutzprogramm

Antrag der CDU-Fraktion (vgl. Anlage 12)

Kürzung des „Klimaschutz-plus 2013-2015“-Programms im Ergebnishaushalt um 150.000 Euro

Antrag der AfD (vgl. Anlage 10)

Kürzung des „Klimaschutz-plus 2013-2015“-Programms im Finanzhaushalt um 12.500 Euro (ohne KP 06 – „Optimierung des Radwegenetzes im Rems-Murr-Kreis – Gesamtkonzeption und Maßnahmen“ s. lfd. Ziffer 2)

Stellungnahme der Verwaltung:

Nachdem sich die Anträge zum „Klimaschutz plus 2013-2015“-Programm teilweise überschneiden, werden diese der besseren Übersicht wegen gemeinsam abgehandelt.

Im Haushaltsplanentwurf 2015 sind für die insgesamt 15 Klimaschutzprojekte des „Klimaschutz-plus 2013-2015“-Programms Ausgaben von 492.000 EUR im Ergebnishaushalt und 302.500 EUR im Finanzhaushalt angesetzt. Die Verwaltung schlägt vor, dass die für 2015 budgetierten Mittel bei den nachfolgend aufgeführten Projekten gekürzt werden. Die Verwaltung behält sich vor, zurückgestellte Mittel im Klimaschutzprogramm 2016-2018 neu anzumelden.

Hierdurch können Einsparungen im Umfang von 153.000 Euro erreicht werden:

KP07 Neue Wege für die Mobilität im Alltag

Der Fuhrpark des Landratsamtes umfasst inzwischen sechs Pedelecs. Statt wie für 2015 vorgesehen drei weitere Pedelecs zu beschaffen, wird 2015 nur ein Pedelec beschafft, weitere erst 2016:

Planansatz 2015 bisher:	9.500 Euro	(FH)
Planansatz 2015 neu:	3.500 Euro	(FH)
d.h. Einsparung:	6.000 Euro	

KP09 Die Klimakomponente in Mietobergrenzen

Die Kosten für das Gutachten können aus Haushaltsmitteln der Jahre 2013 und 2014 gedeckt werden.

Planansatz 2015 bisher:	50.000 Euro	(EH)
Planansatz 2015 neu:	0 Euro	(EH)
d.h. Einsparung:	50.000 Euro	

KP12 Ausbau Energieberatung Wärme und Strom sowie pädagogische Projekte im Energie- und Klimaschutz

Die Energieagentur Rems-Murr gGmbH hat inzwischen zusätzliche, anderweitige Finanzierungsmöglichkeiten gefunden. Für den Ausbau der Beratungsleistungen für Bürger ist die Energieagentur eine Kooperation mit dem Bundesverband der Verbraucherzentralen eingegangen. Neben einer Erweiterung der Angebotspalette über die bisherige Erstberatung hinaus trägt die Verbraucherzentrale auch Teile der Finanzierung. Auch für die Schulunterrichtseinheiten „Stand-by bei Elektrogeräten“ gibt es teilweise eine alternative Finanzierung. So werden die Unterrichtseinheiten über das gleichnamige Förderprogramm des Landes Baden-Württemberg gefördert. Der Mittelbedarf 2015 kann deshalb gekürzt werden.

Planansatz 2015 bisher:	50.000 Euro	(EH)
Planansatz 2015 neu:	20.000 Euro	(EH)
d.h. Einsparung:	30.000 Euro	

KP14 Gewerbeenergiekampagne

Der Mittelbedarf 2015 kann teilweise aus Haushaltsmitteln 2014 gedeckt werden. Nachdem im Herbst 2014 das notwendige Personal eingestellt wurde, wird im Jahr 2015 die öffentlichkeitswirksame, inhaltliche Arbeit starten.

Planansatz 2015 bisher:	30.000 Euro	(EH)
Planansatz 2015 neu:	20.000 Euro	(EH)
d.h. Einsparung:	10.000 Euro	

KP16 Zentrale Koordination für Kommunen und Investoren für Windkraft

Es ist bereits jetzt absehbar, dass für das Projekt in 2015 Einsparungen in Höhe von 2.000 Euro erwirtschaftet werden können. Die verbleibende Mittel sollen beispielsweise für Fachveranstaltungen zum Thema Windkraft verwendet werden.

Planansatz 2015 bisher:	5.000 Euro	(EH)
Planansatz 2015 neu:	3.000 Euro	(EH)
d.h. Einsparung:	2.000 Euro	

Nachrichtlich:

KP03 ÖPNV-RemsMurrOffensive – Fahrrad2Go

Erläuterung siehe lfd. Ziffer 4.

<i>Planansatz 2015 bisher:</i>	<i>85.000 Euro</i>	<i>(EH)</i>
<i>Planansatz 2015 neu:</i>	<i>30.000 Euro</i>	<i>(EH)</i>
<i>d.h. Einsparung:</i>	<i>55.000 Euro</i>	

Einsparung Klimaschutz insgesamt:

Die vorgeschlagenen Mittelkürzungen beim Programm „Klimaschutz-plus 2013-2015“ führen zu Einsparungen in Höhe von:

- 98.000 Euro bei den Projekten KP 07, KP 09, KP 12, KP 14 und KP 16
- 55.000 Euro beim Projekt KP 03 (vgl. lfd. Ziff. 4)

Die Kürzung beim Klimaschutz beträgt somit insgesamt 153.000 Euro. Davon entfallen 147.000 Euro auf den Ergebnishaushalt und 6.000 Euro auf den Finanzhaushalt.

Für die Umsetzung der 15 Projekte im „Klimaschutz-plus 2013-2015“-Programm stehen im Plan 2015 somit noch 345.000 Euro im Ergebnishaushalt und 296.500 Euro im Finanzhaushalt zur Verfügung.

Um eine kontinuierliche Weiterführung der kreisweiten Klimaschutzaktivität gewährleisten zu können, sollten darüber hinaus keine weiteren Kürzungen vorgenommen werden. Die Verwaltung hat alle 15 Projekte des „Klimaschutz-plus 2013-2015“-Programms auf den Prüfstand gestellt. Um dem Anspruch eines Klimaschutz-Musterlandkreises gerecht zu werden, muss neben der Klimaschutzpolitik auf EU-, Bundes- und Landesebene die kommunale Klimaschutzarbeit auch vor Ort kontinuierlich fortgesetzt werden. Weitere aktuelle Details zur inhaltlichen Klimaschutzarbeit des Rems-Murr-Kreises und seiner Beteiligungsgesellschaften sind auch im Klimaschutz-Sachstandsbericht enthalten (Drucksache 2014-112-UVA01.12).

Beschlussvorschlag:

Die Mittel für das „Klimaschutz plus 2013-2015“-Programm werden 2015 –wie in der Stellungnahme erläutert – um insgesamt 98.000 Euro bei den Projekten KP 07, KP 09, KP 12, KP 14 und KP 16 Euro gekürzt.